

Folgen der Entwicklung des Gas- und Elektrizitätspreises auf die österreichische Wirtschaft

Anstieg der Gas- und Strompreise mit kräftigem Wachstumseinbruch verbunden

Wien am 08.09.2022: Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine im Februar 2022 hat weitreichende Konsequenzen. Neben politischen Folgen sind damit auch beträchtliche wirtschaftliche und soziale Effekte verbunden. Bislang hat die EU sieben Sanktionspakete beschlossen, die auf eine Schwächung der wirtschaftlichen Situation in Russland abzielen. Es zeigen sich aber auch Rückwirkungen auf die europäischen Volkswirtschaften. Die Entwicklung hat gezeigt, wie stark Europa von Rohstofflieferungen aus Russland abhängig ist.

Die Preise für Erdgas und Strom haben bereits Ende 2021 erheblich zugelegt. Der Preis für Stromlieferungen von Peak-Produkten (d.h. Mo bis Fr 8 bis 20 Uhr) lag im Monatsdurchschnitt Dezember 2021 bei gut 300 Euro pro MWh im Spotmarkt, während dieser Preis in den Jahren davor bei höchstens 74 Euro pro MWh lag. Angesichts der weiteren Verschärfung der geo- und energiepolitischen Spannungen hat der Peak-Spotmarkt-Preis auf 540 Euro je MWh im August 2022 zugelegt. Auch der Preis von Erdgas am Spotmarkt erreichte im August 2022 mit durchschnittlich rund 230 Euro je MWh neue Rekordhöhen, verglichen zum Beispiel mit einem Jahresdurchschnittspreis von rund 20 Euro im Jahr 2019.

Die MarktteilnehmerInnen erwarten, dass die Preise für Strom und Erdgas weiter sehr hoch bleiben bzw. sogar noch zunehmen werden. Diese Markterwartungen können an den Preisen der Terminmarkt-Futures für die zukünftige Lieferung von Strom und Erdgas abgelesen werden. Der Preis für eine Peak- Lieferung Strom im Jänner und Februar 2023 liegt bei knapp 1.300 Euro, auch für November 2023 wird ein Wert von rund 1.200 Euro veranschlagt. Bei Erdgas liegt der Preis mit rund 250 Euro je MWh noch etwas höher als aktuell.

EcoAustria hat folgende Niveauabweichungen relativ zum Basisszenario ohne Erdgas- und Strompreisanstieg unter Anwendung des institutseigenen E-PuMA-Simulationsmodells errechnet:

Die reale Wirtschaftsleistung bleibt im Gefolge der Energiepreiserhöhungen deutlich zurück. Das reale Bruttoinlandsprodukt entwickelt sich heuer um 1,4 Prozent oder 6 Mrd. Euro, im Jahr 2023 um 4,6 Prozent (20 Mrd. Euro) und im Jahr 2024 um etwa 16 Mrd. Euro schwächer als im Szenario ohne Energiepreiserhöhungen. Das Wirtschaftswachstum fällt demnach heuer um 1,4 Prozentpunkte und 2023 um 3,3 Prozentpunkte schwächer aus. Sollten die Energiepreise, wie vom Markt erwartet, in den darauffolgenden Jahren wieder auf ein deutlich niedrigeres Niveau zurückkommen, dann klingt auch der Effekt auf die Wirtschaftsleistung wieder ab.

Zusammenfassend kann man erwarten, dass die derzeit hohen Preiserwartungen für Energie beträchtliche Auswirkungen auf die Beschäftigung, Investitionen und die Wirtschaft im Allgemeinen haben werden. Inwiefern auch längerfristig Auswirkungen zu erwarten sind, hängt davon ab, wie lange die Energiepreise auf hohem Niveau verbleiben. Je länger diese Situation andauert, desto stärker werden Unternehmen die Verlagerung von Wirtschaftsaktivitäten ins Auge fassen, da sich die Produktionskosten in anderen Teilen der Welt dann deutlich günstiger entwickeln. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass in der Untersuchung von regulativen Maßnahmen und Fördermaßnahmen abstrahiert wird. Sollten derartige Instrumente greifen, dann ist von geringeren Auswirkungen auszugehen.

Die untenstehenden Simulationsergebnisse zeigen demnach die potenziellen Auswirkungen des Preisschocks ohne wirtschaftspolitische Maßnahmen auf.

	2022	2023	2024	2025	2026
BIP, real	-1,39%	-4,62%	-3,79%	-2,54%	-2,27%
Investitionen, real	-1,67%	-10,10%	-8,62%	-6,87%	-6,26%
Privater Konsum, real	-2,60%	-5,83%	-5,21%	-4,29%	-3,56%
Außenbeitrag (in % des realen BIP), real	0,42%	0,89%	1,04%	1,39%	1,11%
Arbeitskosten je Stunde, nominell	0,65%	3,55%	4,32%	5,02%	4,00%
-niedrig	0,91%	4,57%	4,92%	5,27%	4,23%
-mittel	0,70%	3,69%	4,36%	5,01%	4,03%
-hoch	0,43%	2,85%	3,87%	4,73%	3,71%
Beschäftigung	-0,65%	-2,80%	-2,76%	-1,95%	-1,68%
-niedrig	-0,72%	-3,10%	-3,42%	-2,76%	-2,38%
-mittel	-0,66%	-2,76%	-2,69%	-1,87%	-1,60%
-hoch	-0,59%	-2,74%	-2,51%	-1,64%	-1,47%
Arbeitslosenquote (in Prozentpunkten)	0,16	1,55	1,77	1,34	1,16
-niedrig	0,09	1,47	2,00	1,78	1,54
-mittel	0,15	1,48	1,69	1,27	1,08
-hoch	0,24	1,83	1,83	1,24	1,10
BIP (in Mrd. Euro)	-6,0	-20,0	-16,4	-11,0	-9,9
Beschäftigung (in Tausend Personen)	-28,5	-122,8	-120,6	-85,4	-73,7
Arbeitslose (in Tausend Personen, nach Eurostat)	7,2	71,1	81,2	61,8	53,1
Verbraucherpreisindex	3,91%	11,86%	10,37%	8,46%	6,72%

Niveaubewertung relativ zum Basisszenario ohne Erdgas- und Strompreisanstieg. Geringqualifiziert: Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss (ISCED 0-2), Hochqualifiziert: Tertiäre Ausbildung (ISCED 5+)

Quelle: E-PuMA Simulationsmodell • Erstellt mit Datawrapper

ECO AUSTRIA
INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

E-PuMA-Simulationsergebnisse des Gas- und Strompreisszenarios für die Jahre 2022 bis 2026.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Preisentwicklung für Energie hat bereits jetzt zu umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen seitens der öffentlichen Hand geführt. So enthalten die ersten drei Entlastungspakete zahlreiche Maßnahmen, die insbesondere Kostensteigerungen bei privaten Haushalten abfedern sollen. Dazu gehören beispielsweise der Energiekostenausgleich, der Klima- und Anti-Teuerungsbonus, der Teuerungsabsetzbetrag, die Abschaffung der kalten Progression, die Senkung

der Energieabgaben und das Aussetzen des Ökostromförderbeitrags und der - pauschale. Mit der Strompreis-Bremse hat man sich zuletzt auf eine weitere Maßnahme für private Haushalte geeinigt und eine Preisbremse für andere Energieträger in Aussicht gestellt. Speziell für Unternehmen ist beispielsweise der Energiezuschuss für energieintensive Unternehmen vorgesehen.

Die Situation bei den Energiepreisen stellt insbesondere Unternehmen vor große Herausforderungen. Die explodierenden Preise für Stromlieferungen in der Zukunft werfen die Frage auf, wie die Situation in den Griff zu bekommen ist. Es gibt derzeit mehrere Vorschläge, wie ein Eingriff in den Strommarkt aussehen könnte, von Preisobergrenzen für Stromlieferungen, über Subventionen für Erdgas bei der Verwendung zur Stromproduktion, bis hin zu einer Abschöpfung von außergewöhnlichen Gewinnen. Dabei ist anzumerken, dass jeder der Vorschläge aufgrund der Komplexität des Marktes mit Problemen behaftet ist und nicht-intendierte Folgen haben kann, wenn die Reaktionen der Marktteilnehmer nicht sorgfältig berücksichtigt werden. Beispielsweise könnte eine Preisobergrenze für den Strompreis zu Problemen bei der Versorgungssicherheit führen, wenn eine höhere Nachfrage nicht zu einem höheren Preis führt. Preisobergrenzen für Stromerzeuger mit geringeren Grenzkosten können beispielsweise dazu führen, dass Wasser-Speicherkraftwerke Strom noch vor der Einführung der Obergrenze verkaufen, sodass im kommenden Winter weniger Angebot besteht.

Eine weitere Möglichkeit besteht in der Einführung des iberischen Modells. Spanien beispielsweise hat dieses Modell im Juni gestartet. Die Idee dahinter ist, dass Erdgas bei Verwendung zur Stromerzeugung subventioniert wird. So beträgt die Begrenzung anfänglich 40 EUR je MWh. Die Differenz zum Börsenpreis wird von der öffentlichen Hand getragen. Der Preis für Strom liegt in Spanien und Portugal deutlich niedriger und belief sich zuletzt auf 150 EUR je MWh. Eine Einführung des iberischen Modells auf nationaler Ebene ist in Österreich kaum umzusetzen, solange weiterhin höhere Preise bei Stromexporten verlangt werden können. Dementsprechend ist eine europäische Lösung Voraussetzung.

Für die Umsetzung stellt sich die wesentliche Frage, welche Untergrenze für die Förderung festgelegt werden soll. Dabei ergibt sich einerseits die Beschränkung dadurch, wie hoch die Produktionskosten für andere Energieträger sind und andererseits aufgrund von Anreizen zum Energiesparen. Die Produktionskosten von Kohlekraftwerken liegen derzeit bei etwa 125 EUR je MWh. Würde die Untergrenze für die Subvention niedriger festgelegt, dann müssten auch Kohlekraftwerke subventioniert werden. Unter den üblichen Umständen würde eine Subventionsgrenze von 125 EUR für den Einsatz von Erdgas mit einem Strompreis von etwa 300 EUR je MWh einhergehen. Dies würde einer Reduktion des Strompreises von etwa 40 Prozent gegenüber dem Stand von Anfang September entsprechen. Ein Strompreis von 300 EUR je MWh würde weiterhin deutlich über dem langjährigen Schnitt liegen und damit kräftige Anreize zur Reduktion des

Verbrauchs bieten. Die Kosten dieser Maßnahme für die öffentliche Hand würden bei etwa 1,5 Mrd. Euro liegen.

Eine derartige Subvention würde zwar den Kostenanstieg nach den derzeitigen Markterwartungen für die Unternehmen dämpfen, dennoch werden viele Unternehmen, insbesondere im energieintensiven Bereich, weiter mit den hohen Energiepreisen zu kämpfen haben. Daher sollten weitere Schritte auf nationaler Ebene gesetzt werden, um die Versorgung mit notwendigen Gütern zu gewährleisten.

Unternehmensförderungen

Es ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass Anreize zum Energiesparen nicht verloren gehen und ein übermäßiges Risikoverhalten vermieden werden soll. Dabei ist es grundlegend auf welcher Basis eine Unterstützung vorgenommen wird. Orientiert sich die Unterstützung an den tatsächlichen Einkaufspreisen für Energie, dann würden jene Unternehmen, die das Risiko über langfristige Verträge reduziert haben, eine geringere Subvention erhalten. Dies schafft Anreize in der Zukunft ein höheres Risiko einzugehen. Orientiert sich die Förderung an den derzeitigen Börsenpreisen, dann kann die Förderung zu umfangreich ausfallen. Eine Möglichkeit besteht darin, sich an Branchendurchschnitten zu orientieren. Daten liegen beispielsweise bei Statistik Austria vor.

Das Problem der Angebotsknappheit an Energie muss ernst genommen werden und unterstützende bzw. begleitende Maßnahmen getroffen werden, um die Nachfrage zu reduzieren. Dazu gehören beispielsweise Informationskampagnen und kürzere Abrechnungsperioden bei Energieanbietern (Monats- statt Jahresrechnungen), damit Preissignale rasch zum Endkunden durchschlagen. Darüber hinaus sollten neue Technologien zum Einsatz kommen, wie Smart-Meter in Kombination mit Apps oder Schnellnachrichten, damit eine bessere Koordination von Angebot und Nachfrage erreicht werden kann.

Rückfragen an:

Priv.-Doz. Dr. Monika Köppl-Turyna

Mail: monika.koeppel-turyna@ecoaustria.ac.at

Tel.: +43-(0)676 799 44 05